

Josef Gruber **Bulgarien**  
**im ersten Jahr**  
**der Regierung von**  
**Ex-König Simeon**  
**Sakskoburggotski**

**„Handwerkliche Fehler“ des Kabinetts  
oder Beginn einer krisenhaften Entwicklung?**

■ **Geschichtlicher Hintergrund**

Als Folge des russisch-türkischen Krieges wurde 1878 der bulgarische Staat nach 485 Jahren osmanischer Herrschaft zunächst als ein der Türkei tributäres Fürstentum wiederhergestellt. 1879 wurde Prinz Alexander von Battenberg zum Fürsten von Bulgarien gewählt. Er dankte 1886 ab; 1887 wurde Prinz Ferdinand von Sachsen-Coburg-Gotha zum Fürsten berufen, der Bulgarien 1908 zum Königreich proklamierte (3. Bulgarisches Reich). Ferdinand musste infolge seiner missglückten Politik im Ersten Weltkrieg 1918 abdanken, ihm folgte auf den Thron sein Sohn Boris III., der ab 1935 eine sonderbare Mischform einer von autoritären und faschistoiden Zügen durchsetzten parlamentarischen Demokratie mit freien Wahlen, wenn auch ohne formale Parteien, einführte. Er starb 1943 unter mysteriösen Umständen. Sein Sohn Simeon II. wurde 1937 geboren. Nach dem Tode seines Vaters wurden Simeons Vollmachten aufgrund seiner Minderjährigkeit von einer Regentschaft wahrgenommen. 1946 wurde unter sowjetischer Besatzung ein offensichtlich gefälschtes Referendum zur Abschaffung der Monarchie durchgeführt, bei dem sich angeblich 92,72 Prozent für die Republik und lediglich 4,24 Prozent für die Monarchie aussprachen. Im selben Jahr musste die königliche Familie Bulgarien verlassen und fand schließlich Aufnahme im Spanien Frankos, wo Simeon als Exilmonarch seither lebte. Bulgarien nahm 1991 eine neue republikanische Verfassung an. Simeon erhielt im sel-

**Bereits als die nur zwei Monate zuvor gegründete Nationalbewegung Simeon II. (NDS II), angeführt vom Ex-König Simeon II. aus dem Stand die Parlamentswahlen vom 17. Juni 2001 auf einer Welle der Euphorie mit über 40% der Stimmen gewann, hatten seriöse Beobachter vor überzogenen Hoffnungen und Erwartungen gewarnt. Heute, rund sechs Monate später, macht sich in der Bevölkerung ein immer größerer Unmut über die Regierungstätigkeit der Bewegung breit, der auch in den Umfragen seinen Niederschlag findet. Ausdruck der Ernüchterung und wachsenden Distanzierung von der NDS II waren auch die Präsidentschaftswahlen vom November 2001, bei denen der von ihr unterstützte Kandidat, der bisherige Amtsinhaber, Petar Stojanov, dem sozialistischen Herausforderer, Georgi Parwanov, unterlag. Im folgenden werden die wichtigsten Fakten und Ereignisse seit Juni 2001 referiert und ihre Hintergründe beleuchtet.**

ben Jahr seine bulgarische Staatsbürgerschaft und kürzlich auch seine umfangreichen Ländereien und Immobilien in Bulgarien zurück. Er besuchte 1996 zum ersten Mal nach 1946 sein Heimatland und wurde vom Volk begeistert empfangen. Der König verblieb jedoch nicht im Lande, sondern begab sich erneut nach Spanien, forderte aber seine Anhänger – wenn auch etwas halbherzig – bei den Wahlen 1997 auf, für die Vereinigung für Nationale Rettung (ONS), einer Koalition aus der türkischen Bewegung für Rechte und Freiheiten (DPS) sowie einigen Splittergruppen, zu stimmen. Die Unterstützung des Monarchen brachte der ONS nicht die erhofften Stimmengewinne – sie kam lediglich auf 7,6 Prozent und 19 Sitze im Parlament (von insgesamt 240).

### ■ Die Parlamentswahlen im Juni 2001

■ **Am 6. April 2001, kündigte Simeon II., dessen „bürgerlicher“ Namen Simeon Sakskoburggotski lautet, in einer Ansprache aus seinem Palast in Wranja bei Sofia offiziell seine aktive Teilnahme an der bulgarischen Politik und insbesondere an den am 17. Juni bevorstehenden Parlamentswahlen an.**

Am 6. April 2001, kündigte Simeon II., dessen „bürgerlicher“ Namen Simeon Sakskoburggotski lautet, in einer Ansprache aus seinem Palast in Wranja bei Sofia offiziell seine aktive Teilnahme an der bulgarischen Politik und insbesondere an den am 17. Juni bevorstehenden Parlamentswahlen an. Seine Erklärung war seit längerem erwartet worden, nachdem er bereits zu Jahresbeginn seine Absicht bekundet hatte, bald unmittelbar in die politischen Geschehnisse im Lande eingreifen zu wollen.

Sein Versuch, eine Partei unter dem Namen Nationalbewegung Simeon II. noch rechtzeitig vor dem Urnengang gerichtlich eintragen zu lassen, scheiterte aufgrund gravierender Mängel in den eingereichten Unterlagen. Simeon Sakskoburggotski nahm daraufhin mit der formalen Eintragung zweier Splittergruppen, die sich zur Koalition NDS II zusammengeschlossen hatten, an der Abstimmung am 17. Juni teil, die ihm einen großen Wahlsieg bescherte. Die Bewegung errang 120 der 240 Parlamentssitze und verfehlte damit die absolute Mehrheit um nur ein Mandat.

Es muss betont werden, dass die Rückkehr des Exilmonarchen Simeon, die Gründung einer Partei, der Wahlsieg und die Übernahme des Amtes des Ministerpräsidenten durch den ehemaligen Zaren ein einmaliges Phänomen nicht nur in der bulgarischen, sondern in der europäischen Geschichte überhaupt darstellt. Infolgedessen liefern sämtliche Interpreta-

tionsversuche vermutlich nur einen Teil der Wahrheit, und ein Rest wird unerklärt bleiben. Aber natürlich kann die Analyse immer weiter verfeinert und das Problem stets von neuem von verschiedenen Seiten beleuchtet werden, da die Realität sehr vielschichtig ist. Wahrscheinlich liegt indessen der tiefste Grund für den großen Widerhall Simeons bei den Wählern – neben anderen maßgeblichen Faktoren – nicht allein und nicht so sehr in den zweifellos vorhandenen Reformhärten, von denen die postkommunistische bulgarische Gesellschaft in höherem Maße als manche mitteleuropäischen Reformstaaten betroffen ist, sondern in (tiefen)psychologischen Mechanismen, die vor allem aus der Zeit des Sozialismus geerbt sind und eine bestimmte Art von politischer Kultur zur Folge haben, welche durch die Medien und insbesondere die Presse noch potenziert wurde. Es ist gleichsam ein Streben nach einer weniger starken Rolle der Parteien, einer mehr sozial orientierten sowie quasi „unpolitischen Politik“.

### ■ Die Präsidentschaftswahlen vom November 2001

Am 11. und 18. November fanden turnusmäßige Präsidentschaftswahlen statt. Amtierendes Staatsoberhaupt war seit 1996 der seinerzeit als Kandidat der Vereinigten Demokratischen Kräfte (ODS) gewählte Petar Stojanov. Die Wahlen waren vor allem als erster Stimmungstest für die regierende NDS II, die das amtierende Staatsoberhaupt unterstützte, relevant. Eher überraschend setzte sich in der Stichwahl der Kandidat und Vorsitzende der Bulgarischen Sozialistischen Partei (BSP), Georgi Parwanov, durch.

Der erste Wahlgang am 11. November war durch eine in der bulgarischen Geschichte präzedenzlos niedrige Wahlbeteiligung von nur 41,5 Prozent gekennzeichnet und erbrachte folgende Resultate:

■ Der erste Wahlgang am 11. November war durch eine in der bulgarischen Geschichte präzedenzlos niedrige Wahlbeteiligung von nur 41,5 Prozent gekennzeichnet.

Kandidatenduo	Wahlergebnis in Absolutzahlen	Wahlergebnis in %
Parwanov/Marin	1 031 587	36,3 %
Stojanov/Kutzkova	990 988	34,9 %
Bonev/Shelestschev	547 005	19,2 %
Indshova/Ilov	139 556	4,9 %
Gantschev/Bontschev	95 759	3,3 %
Beron/ Andreev	31 560	1,1 %

Quelle: Zentrale Wahlkommission

■ **Kaum jemand hätte dem BSP-Chef Parwanov ein so gutes Abschneiden gegen den souveränen, redegewandten Stojanov, dessen Sympathiewerte in der Bevölkerung um vieles höher lagen als die Parwanovs, zugetraut.**

In der am 18. November 2001 durchgeführten Stichwahl setzte sich bei einer etwas höheren, aber noch immer nicht sonderlich hohen Wahlbeteiligung von 55,05 Prozent Parwanov mit 2039311 bzw. 54,15 Prozent gegen 1726954 bzw. 45,8 Prozent für Stojanov durch.

Zum einen ist natürlich festzustellen, dass das Resultat eine Überraschung für Beobachter und Demoskopen war. Kaum jemand hätte dem BSP-Chef Parwanov ein so gutes Abschneiden gegen den souveränen, redegewandten Stojanov, dessen Sympathiewerte in der Bevölkerung um vieles höher lagen als die Parwanovs, zugetraut.

Was den ersten Wahlgang anbelangt, so fällt vor allem die niedrige Wahlbeteiligung auf. Bei näherem Hinschauen stellt sich heraus, dass sie in erster Linie auf die Enthaltung der NDS II-Wähler zurückzuführen ist. Da aber gerade die Simeons-Bewegung die große Kraft hinter Stojanov war, muss vor allem das Verhalten ihrer Sympathisanten analysiert werden. Stojanov hat in der ersten Runde offenbar hauptsächlich die Stimmen der ODS-Stammwähler bekommen, d.h. der ODS-Wähler vom Juni 2001, als die ODS im Rahmen ihrer treuesten Wählerschaft blieben, und kaum Voten von der NDS II. Der geringe Mobilisierungsgrad der Simeonswähler könnte auf mehrere Ursachen zurückzuführen sein – zum einen auf den Umstand, dass Simeons Unterstützung für Stojanov ziemlich halbherzig formuliert war. Dann vielleicht auf den Umstand, dass manche NDS II-Wähler Stojanov noch zu sehr mit der SDS identifizieren, der sie ja bei den Parlamentswahlen im Juni mit ihrem Protestvotum für Simeon eine Abfuhr erteilen wollten. Spiegelbildlich steht übrigens die überwiegende Mehrheit der ODS-Sympathisanten der NDS II ablehnend gegenüber und glaubt – ob nun zu Recht oder zu Unrecht, muss spekulativ bleiben – an eine Geheimabsprache zwischen Premier Sakskoburgotski und Stojanov für die Unterstützung des letzteren. Schließlich und vor allem aber ist die Abstinenz der Simeons-Wähler zweifellos eine Konsequenz aus ihrer Enttäuschung über die nichterfüllten (populistischen) Wahlversprechen Simeons.

Eine sehr wichtige Besonderheit des Wahlverhaltens seit 1990 in Bulgarien ist, dass sich im Lande prinzipiell zwei große Lager gegenüberstehen – ein

linkes (rotes) mit Kern BSP und ein rechtes (blaues) mit Kern SDS – zwischen denen nur sehr geringe Wählerwanderungen stattfinden. Die in westlichen Demokratien häufig wahlentscheidenden Wechselwähler spielen demnach in Bulgarien bisher keine so große Rolle. Das Ergebnis des jeweiligen Lagers hängt demnach vor allem vom Mobilisierungsgrad der betreffenden Wählerschaft ab. Die Simeons-Bewegung hatte dieses Modell im Juni 2001 etwas aufgelockert, indem sie zum ersten Mal Stimmen aus beiden Lagern anzog. Die NDS II ist in diesem Sinne keine genuin rechte Kraft, sondern vielmehr eine rasch vor den Parlamentswahlen im Juni 2001 ins Leben gerufene Formation, die sich programmatisch noch nicht definiert hat. Bereits in der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen deutete sich an und in der zweiten Runde erhärtete sich, dass die alte Spaltung entlang der Trennlinie „Rot-Blau“ in gewissem Umfang wiederhergestellt ist. Auch bei Präsidentschaftswahlen wird in Bulgarien vor allem gemäß Parteipräferenzen abgestimmt. Die konkreten individuellen Charakteristika der Kandidaten können das Votum lediglich im Sinne der Mobilisierung modifizieren, kaum jedoch über die Demarkationslinien der Lager hinweg Stimmen gewinnen. Insofern ist die Zustimmungsrate oder das „Rating“ eines Politikers von nur sekundärer Bedeutung. Daher hat auch Stojanovs unvergleichlich höhere Zustimmungquote als die Parwanovs ihm letztlich wenig genützt. Die NDS II-Wähler sind, sofern sie denn überhaupt zu den Urnen gingen, trotz Simeons Aufforderung, für Stojanov zu votieren, offenkundig nach ihren alten Parteipräferenzen teils nach rechts zu Stojanov, teils nach links zu Parwanov gewandert.

Der größte Teil der ODS-Wähler (laut manchen Umfragen 97 Prozent) hat offenbar Stojanov gewählt.

Einige taktische Manöver und Kompromisse Stojanovs während seiner Amtszeit, sein relativ schwacher Rückhalt in der ODS-SDS-Stammwählerschaft (trotz ihres Votums für ihn), die Enttäuschung und Apathie unter den NDS II-Wählern, sein insgesamt wenig überzeugender Wahlkampf (der übrigens von der politischen Bewegung „Georgstag“ gemanagt wurde), in dem man vor allem außenpolitische Akzente – EU, NATO – setzte, während Georgi Parwanov sich mehr auf innenpolitische Themen verlegte

■ **Die in westlichen Demokratien häufig wahlentscheidenden Wechselwähler spielen in Bulgarien bisher keine große Rolle.**

■ **Die Wähler der BSP sowie wahrscheinlich ein Teil der Sympathisanten der Eurolinken, der diversen kleinen kommunistischen Formationen und anderer linker Splittergruppen haben offenkundig, wie nicht anders zu erwarten, Parwanov das Vertrauen ausgesprochen.**

sowie schließlich der Umstand, dass er nach fünf Jahren in der aktiven Politik in den Augen der Wähler bis zu einem gewissen Grade verbraucht wirkte, haben zu seiner Wahlniederlage beigetragen. Ein zusätzlicher negativer Faktor für Stojanov war die Ankündigung des populären Sofioter Oberbürgermeisters Stefan Sofianski am Vorabend (!) der Wahlen, die Union der Demokratischen Kräfte (SDS) verlassen und eine neue Partei gründen zu wollen.

Die Wähler der BSP sowie wahrscheinlich ein Teil der Sympathisanten der Eurolinken, der diversen kleinen kommunistischen Formationen und anderer linker Splittergruppen haben offenkundig, wie nicht anders zu erwarten, Parwanov das Vertrauen ausgesprochen. Von einer Renaissance des linken Votums zumindest im ersten Wahlgang (der unter vielen Vorbehalten im weitesten Sinne als Abstimmung zum Parlament interpretiert werden könnte) zu sprechen, wäre allerdings verfehlt. Die BSP bewegt sich bei Wahlen seit ihrem Einbruch 1997 stets in der Größenordnung von 800 000 bis einer Million Stimmen, so auch diesmal. Parwanovs Ergebnis lag demnach in der ersten Runde zunächst vollkommen im Rahmen der Erwartungen. Der größere Teil der DPS-Wähler hat Reneta Indshova gewählt. Ex-Innenminister Bogomil Bonev erzielte in der ersten Runde einen Achtungserfolg. Er hatte sich infolge seiner Herkunft aus dem Innenministerium als „der starke Präsident“ zu profilieren versucht, was offenbar bei breiten Bevölkerungskreisen Anklang gefunden hat. Sein Ergebnis lag indessen weit unter den Erwartungen der Demoskopien, von einem Kopf-an-Kopf-Rennen mit Parwanov konnte keine Rede sein.

Parwanov hat seinen Wahlkampf für seine Verhältnisse optimal bestritten und das linke Potenzial zum gegenwärtigen Zeitpunkt maximal ausgeschöpft. Er machte im Wahlkampf allerdings eine Reihe von Zusagen in Zusammenhang mit der Verbesserung des Lebensstandards und einer größeren sozialen Rolle des Staates („Der soziale Präsident“), obwohl in den Zuständigkeitsbereich des Staatsoberhauptes natürlich nur die Außen- und Sicherheitspolitik fallen. Es gibt anscheinend eine nicht unbeträchtliche Zahl von Wählern, die sich über die Kompetenzen des bulgarischen Staatsoberhauptes weiterhin nicht im klaren ist. Obwohl bereits seit 1996 Parteivorsitzender, hat Par-

wanov bisher noch nie ein öffentliches Amt bekleidet und wirkte im Gegensatz zu Stojanov in den Augen der Wähler eher als jemand, der nicht aus der traditionellen politischen Elite kommt und daher unverbraucher ist, was ihm zugute gekommen sein dürfte. Nicht zu unterschätzen ist auch der Beitrag des Vizepräsidentenbewerbers General a.D. Angel Marin (der übrigens von Stojanov wegen politischer Äußerungen gegen die Reform in den Streitkräften entlassen wurde). Er hat mit seiner Rhetorik von einer Revision der für einen NATO-Beitritt erforderlichen Reformen in den Streitkräften und einer Politik der „starken Hand“ gewiß Stimmen besonders in kleineren Ortschaften angezogen, wo man traditionell für solche Eingebungen zugänglich ist. Offenkundig suchen die Wähler nach ihrer großen Enttäuschung über die NDS-II nach einer Alternative. Parwanovs Strategie, auf Distanz zur Regierung zu gehen, hat ihm offenbar Dividenden eingebracht. Er kritisierte das Kabinett aus der Oppositionsrolle heraus, obwohl die BSP natürlich daran beteiligt ist. Das Votum für ihn könnte demnach wieder teilweise als Versuch der Wähler interpretiert werden, die Regierung abzustrafen bzw. als eine Art „Protestvotum gegen das Protestvotum am 17. Juni“. Es ist von daher vorerst nicht klar, ob es sich um eine relativ dauerhafte Linksverschiebung in den Einstellungen der Wähler oder um eine Fluktuation handelt.

### ■ Bilanz der bisherigen Amtszeit der Regierung Sakskoburggotski

Wenn man eine Bewertung der ersten rund 200 Tage Amtszeit des Kabinetts vornehmen will, muss man einen Ausgangspunkt oder ein Koordinatensystem finden, an dem sich das Kabinett messen lassen kann. Gerade das aber ist mit Schwierigkeiten behaftet. Die NDS II wurde vor allem deshalb gewählt, weil Simeon Sakskoburggotski vor dem Urnengang nachdrückliche Zusagen für eine „unverzügliche und nichtsymbolische Hebung“ des Einkommensniveaus und damit des Lebensstandards der Bevölkerung abgegeben hatte. Sofern man die neue Regierung daran beurteilen will, muss man sagen, dass sie diese Versprechen eindeutig nicht hat einlösen können. Mehr noch – die erfolgten Erhöhungen der Strom- und Heizpreise und Telefongebühren sowie das Einfrie-

■ Die NDS II wurde vor allem deshalb gewählt, weil Simeon Sakskoburggotski vor dem Urnengang nachdrückliche Zusagen für eine „unverzügliche und nichtsymbolische Hebung“ des Einkommensniveaus und damit des Lebensstandards der Bevölkerung abgegeben hatte.

■ Simeon hat gerade durch diese Wahlversprechen ein gutes Ergebnis erzielt, so dass ihre Nichterfüllung notwendigerweise zur Enttäuschung in seiner Wählerschaft führen muss.

ren der Gehälter im öffentlichen Dienst und der Renten, ebenso die vorgenommenen drastischen Steuererhöhungen sind ihrem Wesen nach den Wahlversprechen geradezu entgegengesetzt. Eine Kernaussage in der Wahlplattform der Bewegung bildete darüber hinaus die Absenkung der Gewinnsteuer bei Reinvestierung des Gewinns auf Null, was zurückgenommen wurde. Es wird offenbar auch nicht zur massenhaften Auslegung zinsloser und Niedrigzinskredite, wie zugesagt, kommen usw.

Man muss freilich eingestehen, dass die Zusagen Simeons im Wahlkampf der realen Wirtschaftsfrage kaum angemessen waren. Er hat aber gerade durch diese Wahlversprechen ein gutes Ergebnis erzielt, so dass ihre Nichterfüllung notwendigerweise zur Enttäuschung in seiner Wählerschaft führen muss.

In gewissem Sinne nimmt die Nichterfüllung der Wahlversprechen Simeons daher nicht wunder. Vielmehr ist befremdlich, dass das Kabinett bisher offenbar nicht in der Lage ist, zumindest den Kurs der ODS konsequent fortzusetzen. Die von der Regierung Kostov im Haushalt 2001 vorgesehenen moderaten Einkommenssteigerungen im zweiten Halbjahr wurden nicht realisiert, die Budgeteinnahmen sinken anscheinend. Die Berufung auf das „überraschend schlechte Erbe“ der Vorgängerregierung erweist sich in diesem Zusammenhang kaum als stichhaltig. (Das Kabinett Saksoburggotski hat sogar ein „Weißbuch“ über die Sünden der Vorgängerregierung verfasst.) Gerade das junge Wirtschaftsteam der Regierung – der Vizepremier und Wirtschaftsminister Nikolaj Wassilev und Finanzminister Milen Weltschew –, auf die die meisten Hoffnungen ruhten, haben bisher wenig in ihrer Amtsführung überzeugt. Dem Kabinett ist es nur mit Mühe gelungen, den IWF zum Abschluß eines Stand-by-Abkommens zu bewegen. (Bulgarien hat in der Amtszeit der Regierung Iwan Kostov 1997-2001 sehr schwere, aber stets erfolgreiche Verhandlungen mit dem Fonds geführt und galt als Musterland in Osteuropa bei der Umsetzung einer mit dem IWF abgestimmten Politik.)

Auf der anderen Seite wurde aber im Haushalt 2002 nahezu allen Auflagen des IWF praktisch bedingungslos Folge geleistet und ein sehr restriktiver Rahmen angenommen, der dem Unternehmertum und der Bevölkerung zahlreiche Beschränkungen

aufgelegt. Um nur einige Beispiele zu nennen: Die vom Parlament verabschiedeten drastischen Erhöhungen bei der Gewerbesteuer werden den ohnehin allenfalls ansatzweise entwickelten Mittelstand sehr hart treffen. Von der erheblich erhöhten Immobiliensteuer dürften praktisch alle Bürger betroffen sein. (In Bulgarien leben ca. 98 Prozent der Bevölkerung in Eigentumswohnungen.) Auch einige Verbrauchssteuern, so auf Spirituosen und Zigaretten, wurden angehoben und die von der ODS-Regierung ursprünglich auf 2007 verschobene Mehrwertsteuer auf bulgarische Medikamente eingeführt. Hinzu kommt die besagte Verteuerung von Strom und Heizung, die ihrerseits Preissteigerungen bei anderen Waren zur Folge hat und einen Inflationsschub auslösen wird. Ausgehend vom niedrigen Einkommensniveau sind diese Maßnahmen von der Bevölkerung nur schwer zu verkraften.

Ganz besonders ins Auge stechend ist aber die seltsame Passivität von Regierung und Parlament. Das Kabinett Sakskoburggotski hat, rein statistisch gesehen, die mit Abstand wenigsten Rechtsakte in den ersten 200 Tagen im Vergleich zu allen anderen Regierungen seit 1990 erlassen. Noch verwunderlicher ist der Leerlauf des Parlaments, dessen Tätigkeit sich seit seiner Konstituierung in der Verabschiedung von einigen teilweise umstrittenen Novellen im Gesetz über die Präsidentschaftswahlen, die Medien und in der Steuergesetzgebung erschöpft. Parlamentspräsident Ognjan Gerdshikov gab als Ursache an, dass eine gute Gesetzgebungstätigkeit eben Zeit und Umsicht verlange. Da die Annäherung an die Europäische Union vor allem von der Angleichung der Gesetzgebung an das EU-Recht abhängt, ist bei Beibehaltung des gegenwärtigen Tempos von einer Verzögerung der Verhandlungen auszugehen. (Bulgarien hat 14 der 31 Kapitel bei den Beitrittsverhandlungen vorläufig abgeschlossen; Rumänien, das die Verhandlungen zeitgleich aufnahm, lediglich neun.) Das aber relativiert seinerseits die verbalen Bekenntnisse des Premiers für eine beschleunigte Annäherung an die EU sowie die Bemühungen vor allem des Ministers des Auswärtigen, Solomon Pasi, für eine nahtlose Fortführung des Kurses der ODS in der Außenpolitik. Analysten führen die fast aufdringliche Untätigkeit von Regierung und Parlament, die zu-

■ **Das Kabinett Sakskoburggotski hat, rein statistisch gesehen, die mit Abstand wenigsten Rechtsakte in den ersten 200 Tagen im Vergleich zu allen anderen Regierungen seit 1990 erlassen.**

weilen unverständlichen Entscheidungen und die fehlende Koordinierung in den Regierungsinstitutionen in erster Linie auf mangelnde Erfahrung und Inkompetenz zurück. Manche wollen darüber hinaus darin eine nicht ganz unbewusste Strategie ausgemacht haben, die auf eine Destabilisierung des Landes abzielt, um den Reformkurs abzubremsen oder zu stoppen, womit gewissen einflußreichen, schattenwirtschaftlichen Kreisen gedient sein soll. Der NDS II-Abgeordnete und Politologe Emil Koschlukov hatte unlängst ein Papier verfaßt und in der Fraktion der Simeons-Bewegung verteilt, in dem er davor warnte, dass Wirtschaftsgruppierungen den Versuch machten, sich Protektionen der Regierung zu sichern. Das Großkapital in Bulgarien sei es nicht gewohnt, ohne staatliche Schutzmaßnahmen auszukommen und unternehme daher den Versuch, sich starke Positionen in der NDS II zu sichern, die Leitung der Bewegung reagiere aber inadäquat. Die NDS II-Führung verwahrt sich gegen solche Unterstellungen. „Wer derartiges behauptet, muss es beweisen“, sagte der stellv. Fraktionsvorsitzende Wladimir Dontschev.

Einen Brief analogen Inhalts haben 21 vorwiegend im Ausland tätige Bulgaren an Premier Sakschoburgotski gerichtet. Ihrer Meinung nach ist die Gefahr gegeben, dass kleine Interessengruppen Schlüsselinstitutionen im Staat erobern und eine finanzpolitische Oligarchie entsteht. „Es ist unzulässig, dass eine demokratisch gewählte Regierung eines demokratischen Landes besondere Beziehungen zu einer kleinen Gruppe Personen wie denjenigen im neugegründeten Businessklub *Wazrashdane* aufbaut“, heißt es in dem Schreiben.

Es fallen im übrigen in der Tat die engen Kontakte der Regierung mit dem Klub *Wazrashdane* (Wiedergeburt), in dem sich „führende Großunternehmer“ wie Ilija Pawlov, Vorsitzender von der MG Holding, die früher Multigroup hieß, oder Emil Kjulev, der Chef der in Konkurs gegangenen TSBank, zusammengeschlossen haben, auf. In der Öffentlichkeit hält sich hartnäckig das Gerücht über den nicht ganz lauter Ursprung der Kapitalien dieser Gruppierungen.

Mittlerweile üben Gewerkschaften, Medien und sogar die Koalitionspartner der Simeons-Bewegung BSP und DPS immer offener Kritik an der Regierung.

■ **Mittlerweile üben Gewerkschaften, Medien und sogar die Koalitionspartner der Simeons-Bewegung BSP und DPS immer offener Kritik an der Regierung.**

Der Chef des Gewerkschaftsverbandes Podkrepa, Dr. Konstantin Trentschev, vor den Wahlen ein großer Befürworter Simeons, warnte vor einer heraufziehenden Krise in Analogie zu 1996–1997, die sogar in „argentinische Zustände“ ausarten könnte. Ähnlich äußerte sich der vor einigen Monaten aus der DPS ausgeschlossene Abgeordnete Osman Oktaj.

### ■ Die Prozesse im Mitte-Rechts-Spektrum

Auf der ersten Sitzung des Nationalrates (Parteivorstand) der SDS nach den Wahlen am 26.6.2001 erklärte der Parteivorsitzende Iwan Kostov (52) seinen Rücktritt. Zur neuen Parteivorsitzenden wurde mit 70 Stimmen bei drei Enthaltungen die bisherige Generalsekretärin der Partei, Ekatarina Michailova (45), gewählt. Die im Vorfeld als wahrscheinlichste Nachfolgerin von Kostov gehandelte Außenministerin in der ODS-Regierung Nadeshda Michailova (39) wurde einstimmig zur Fraktionsvorsitzenden gewählt. Neuer Generalsekretär der Partei wurde einhellig der ehemalige Regionalgouverneur von Kardshali, Plamen Iwanov (43). Iwan Kostov behielt seinen Sitz im Nationalen Exekutivrat (Parteipräsidium). Die neue Führung wird ihre Funktionen bis zur nächsten Nationalkonferenz, dem höchsten Forum der SDS, wahrnehmen.

Der Sofioter Oberbürgermeister Stefan Sofianski (50), der vor einigen Monaten aus freien Stücken die Union der Demokratischen Kräfte (SDS) verlassen und die Bildung einer eigenen Partei angekündigt hatte, verwirklichte dieses Vorhaben am 9. Dezember 2001. Stefan Sofianski wurde einstimmig zum politischen Vorsitzenden der Union Freier Demokraten (SSD) gewählt. (Laut dem Gesetz über die kommunale Selbstverwaltung dürfen Bürgermeister keine Parteivorsitzenden sein, daher die Wortverbindung „politischer Vorsitzender“, um diese Bestimmung zu umgehen.) Sofianski wird nur repräsentative Funktionen innehaben, wenn die Partei nicht an der Macht ist. Über die Beziehungen zur NDS II sagte der Sofioter OB, dass er nicht die Absicht habe, an der jetzigen Regierung teilzunehmen, sondern nur ihr Korrektiv zu sein. Die neue Partei würde sich im rechten Spektrum ansiedeln und eine Mitgliedschaft in der EVP anstreben.

■ **Der Sofioter Oberbürgermeister Stefan Sofianski (50), der vor einigen Monaten aus freien Stücken die Union der Demokratischen Kräfte (SDS) verlassen und die Bildung einer eigenen Partei angekündigt hatte, verwirklichte dieses Vorhaben am 9. Dezember 2001.**

Am 26. November 2001 war auf Vorschlag der Vorsitzenden der SDS Ekaterina Michailova der Chef des landesweit größten Parteiverbandes der Hauptstadt Sofia, Ewgenij Bakardshiev, vom Nationalrat (= Vorstand) aus der Partei wegen „ungebührlichen Verhaltens und der beabsichtigten Spaltung und Destabilisierung der Partei“ ausgeschlossen worden. Der formale Anlaß für diesen Akt war das Verhalten von Bakardshiev in der Nacht der Präsidentschaftswahlen, als er nach der Niederlage von Petar Stojanov, den die ODS zusammen mit der Simeons-Bewegung als Präsidentschaftskandidaten unterstützten, mehrmals öffentlich die Parteiführung scharf kritisierte und ihren Rücktritt forderte. Inzwischen hat Bakardshiev eine eigene Partei – die Bauernunion-Radikale – gegründet, in die vor allem Mitglieder aus der der SDS assoziierten Bauernunion eingegangen sind. Partner der neuen Formation sollen die Parteien von Stefan Sofianski und Ex-Innenminister Bogomil Bonev sein, man werde auch Kontakte zu Ex-Staatspräsident Petar Stojanov pflegen.

Sofianskis und Bakardshievs Aktionen stellen keinen Präzedenzfall in der mittlerweile zwölfjährigen Geschichte der SDS dar. Seit 1990 haben sich immer wieder Gruppen oder Organisationen von der Union gelöst, um ein organisatorisches Eigenleben zu beginnen, teilweise mit dem Anspruch, die „echte“ oder „wahre“ SDS zu sein. Ein besonders krasses Beispiel waren die Parlamentswahlen 1991, als drei Formationen unter der Bezeichnung SDS antraten – die SDS, die SDS-Zentrum und SDS-Liberale. Alle diese Organisationen wurden jedoch ausnahmslos von ein- und demselben Schicksal ereilt – sie sind, bisweilen nach gewissen Anfangserfolgen, von der Bildfläche verschwunden, und die SDS hat sich als weitaus bedeutendste Kraft im Mitte-Rechts-Spektrum behaupten können. Mehr noch – die SDS ist die praktisch einzige große antikommunistische Sammelbewegung in Osteuropa, die sich seit 1989 bis heute (in etwas transformierter Form) erhalten hat. In fast allen anderen Reformstaaten ist das bürgerliche Lager inzwischen mehr oder weniger stark fragmentiert. Es bleibt daher abzuwarten, ob sich diese neuen Parteien so weit profilieren können, um neben der SDS als bedeutende Formationen im Mitte-Rechts-Spektrum zu bestehen. Die Analyse der programmatischen

■ Seit 1990 haben sich immer wieder Gruppen oder Organisationen von der Union gelöst, um ein organisatorisches Eigenleben zu beginnen, teilweise mit dem Anspruch, die „echte“ oder „wahre“ SDS zu sein.

Aussagen dieser neuen Formationen läßt einstweilen eine gewisse Unausgegorenheit erkennen. Nicht vergessen werden sollte darüber hinaus, dass auch die regierende NDS II vorgibt, im bürgerlichen Lager zu stehen, wenngleich die Analyse der Einstellungen ihrer Wählerschaft darauf hindeutet, dass dort rechte und linke Erwartungen nebeneinander existieren.

Die SDS selbst ist nach ihrer Wahlniederlage bestrebt, sich strukturell, programmatisch und personell zu erneuern. Eine objektive Einschätzung der Situation erfordert es zuzugeben, dass in den letzten vier Jahren in der Union tatsächlich auch unerwünschte interne Prozesse in Gang gesetzt wurden. Das ist vor allem auf den Umstand zurückzuführen, dass die SDS nach 1997 als regierende Kraft gezwungen war, zwei Prozesse parallel in Angriff zu nehmen: ihre Umwandlung von einer Parteienkoalition in eine Volkspartei einerseits und andererseits die komplizierten Reformen, wobei der Privatisierung in der Wirtschaft eine besondere Bedeutung zukam. Eine fast unausweichliche Folge war die Verquickung von Partei- und Wirtschaftsstrukturen, die die Bildung innerparteilicher Gruppierungen auf der Grundlage wirtschaftlicher Interessenlagen zur Folge hatte. Es ist zwar richtig, dass bislang kaum handfeste Belege über derartige Korruptionspraktiken an den Tag gelegt wurden, nichtsdestoweniger gilt als ziemlich sicher, dass auch der Parteiausschluß von Ex-Generalsekretär Hristo Bisserov und von Jordan Zonev am 27. Februar 2001 letztlich auch von solchen Motiven diktiert wurde (wenngleich der formale Grund wie bei Bakardshiev parteischädigendes Verhalten war). Allerdings sickerte in den Medien ein Geheimbericht des Nationalen Sicherheitsamtes (Spionageabwehr) durch, der 1999 dem damaligen Premier Iwan Kostov vorgelegt wurde und seinerzeit die Grundlage für die Entlassung von Ex-Innenminister Bogomil Bonev und Ewgenij Bakardshiev aus dem Kabinett gebildet haben soll. Darin werden beiden Kontakte zu dubiosen Firmen und Personen unterstellt.

Im Vorfeld der für Anfang März angesetzten Nationalkonferenz (Parteitag) wurde eine öffentliche Diskussion über umfangreiche Änderungen in der Satzung der Partei, an der sich jeder bulgarische Bürger beteiligen konnte, ausgetragen. In der Parteizentrale gingen über 15000 Vorschläge, Ratschläge und

■ **Die SDS selbst ist nach ihrer Wahlniederlage bestrebt, sich strukturell, programmatisch und personell zu erneuern.**

Empfehlungen ein. Zu den wichtigen vorgeschlagenen Neuerungen gehört beispielsweise die Schaffung von „Vereinigungen“ in Analogie zur CDU, die Trennung von politischen und administrativen Ämtern, die Stärkung der Regionalstrukturen u.a.m. Auch ein neues, modernes Parteiprogramm befindet sich im Stadium der Ausarbeitung.

### ■ **Ausblick**

Die Rückkehr des Exilmonarchen und sein Eintritt in die bulgarische Politik sind, wie bereits erwähnt, eine präzedenzlose Erscheinung. In Zusammenhang damit entsteht eine Reihe von Fragen, die nicht leicht zu beantworten sind. Man müsste eigentlich erwarten, dass Journalisten, Politiker, Forscher und Wissenschaftler sich intensiv und vertieft mit diesen offenen Fragen auseinandersetzen. Erstaunlicherweise ist jedoch festzustellen, dass eine solche Debatte in nur sehr beschränktem Umfang stattfindet und man sich entweder mit oberflächlichen Erklärungen zufriedengibt oder gar nicht erst hinterfragt. Hier wäre noch viel Forschung möglich und nötig.

Was die gegenwärtige Situation und ihre Entwicklung in der Zukunft anbelangt, so ziehen Beobachter nach der krisenhaften Zuspitzung in den letzten Wochen und Monaten immer stärkere Parallelen zu 1992-1994-1997. 1992 wurde nach weniger als einem Jahr Amtszeit die erste nichtkommunistische Regierung Philip Dimitrovs gestürzt und eine „überparteiliche Expertenregierung“ unter Prof. Ljuben Berov eingesetzt, die von der BSP, DPS und Teilen der SDS-Fraktion getragen wurde. Sie sicherte verbal die Fortführung des Reformkurses zu, geriet aber in Wirklichkeit in immer stärkere Abhängigkeit von unklaren Wirtschaftsinteressen, stoppte den Transformationsprozeß und wurde nach den Wahlen von 1994 von einer BSP-Regierung unter Jean Widenov abgelöst, unter der es zur katastrophalen Entwicklung im Winter 1996/97 kam.

Die Geschichte wiederholt sich bekanntlich nicht, und nach vier Jahren radikaler Veränderungen unter dem ODS-Kabinett ist Bulgarien ein ganz anderes Land als in der Mitte der neunziger Jahre. Aber gewisse Übereinstimmungen sind unverkennbar.

Wie auch immer, es liegt auf der Hand, dass eine fortgesetzte Passivität der führenden staatlichen In-

■ **Es liegt auf der Hand, dass eine fortgesetzte Passivität der führenden staatlichen Institutionen, gepaart mit der bislang augenfälligen Intransparenz in ihrer Tätigkeit, über kurz oder lang auf ein Machtvakuum, einen Vertrauensverlust in die Politik überhaupt, eine Aushöhlung der parlamentarischen Demokratie und eine Auflockerung des bislang erstaunlich stabilen bulgarischen politischen Systems hinauslaufen könnte.**

stitutionen, gepaart mit der bislang augenfälligen Intransparenz in ihrer Tätigkeit, über kurz oder lang auf ein Machtvakuum, einen Vertrauensverlust in die Politik überhaupt, eine Aushöhlung der parlamentarischen Demokratie und eine Auflockerung des bislang erstaunlich stabilen bulgarischen politischen Systems hinauslaufen könnte. Bei allem Wohlwollen und aller Nachsicht, die einer neuen Regierung einzuräumen sind, kommt man nicht an der Feststellung vorbei, dass in der Tätigkeit des Kabinetts Sakskoburgotski eine erhebliche Lücke zwischen Anspruch und Wirklichkeit klafft und demnach in der Bilanz der ersten 200 Tage eher die Negativa überwiegen.

Auch zwölf Jahre nach der friedlichen Revolution in Bulgarien und zwei Jahre nach der Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der EU ist die Gefahr des Orientierungs- und Tempoverlustes bei den Reformen noch immer nicht vollständig gebannt, können eine (zeitweilige) Stagnation, eine Konsolidierung auf niedrigem Niveau und u.U. ein Rückschritt nicht völlig ausgeschlossen werden. Eine dauerhafte Abkehr vom eingeschlagenen Weg oder gar eine umfassende Revision der Umgestaltungen sind angesichts der bedeutenden Fortschritte in den letzten Jahren aber eher unwahrscheinlich.